

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Städtebauförderung entscheidend für Qualität und Resilienz von Wohnungsbau



© Gundula Vogel, pixabay

von Prof. Elke Pahl-Weber

Die Städtebauförderung schafft wichtige Grundlagen, damit bezahlbarer Wohnraum in lebenswerten und gemischten Quartieren geschaffen und erhalten werden kann. Denn es geht nicht nur darum Wohnungen zu bauen, sondern Wohnstandorte mit städtebaulichen, sozialen und funktionalen Qualitäten zu entwickeln. Eine Wohnraumförderung, die nicht städtebauliche flankiert wird, läuft deshalb Gefahr, entweder der Gentrifizierung Vorschub zu leisten oder neue soziale Brennpunkte zu schaffen. Unsere gemeinsame Fachveranstaltung „Mehrwert der Städtebauförderung für die Wohnungsfrage“ mit dem Bundesverband DIE STADTENTWICKLER am 11. Mai 2022 in Berlin hat genau dies belegt. Ebenso ermutigend war das Bekenntnis von Bundesbauministerin Klara Geywitz, die über 50-jährige erfolgreiche Historie der Städtebauförderung auch in den nächsten Jahren kraftvoll und mit gestärkter Mittelausstattung fortzuführen.



IN DIESER AUSGABE

Ein Viertel Jahrhundert Europaarbeit: Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk feiert 25-jähriges Jubiläum in Plauen	Seite 4
Transnationale Zusammenarbeit in Städten und Regionen: DV organisiert Bundes-Auftaktkonferenz zur Interreg-B-Förderperiode 2021 - 2027	Seite 5
Innenstadtstrategien: Kommune als Katalysator und Ermöglicher: Vernetzungsinitiative „Gemeinsam für das Quartier“ organisiert Praxiswerkstatt in Offenbach am Main	Seite 6
Digitalisierung als „Game-Changer“ bei der Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume? Expertenworkshop im Rahmen der Territorialen Agenda 2030	Seite 6

Wohnungsbauziel mit ganzheitlichen Lösungen erreichen

Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgelegte Wohnungsbauziel von 400.000 Wohnungen (davon 100.000 Sozialwohnungen) pro Jahr lässt sich schwer durch Neubau erreichen, wenn das enorme Spannungsverhältnis von Klimaschutz, Bezahlbarkeit, Baulandknappheit und Lebensqualität nicht gelöst wird. Hier steht die Städtebauförderung in Symbiose mit den besonderen Instrumenten des Städtebaurecht dafür, solche Zielkonflikte in ganzheitlichen Lösungen zu bewältigen und dabei auch die Transformation des Bestandes im Blick zu haben. Hierfür haben die integrierten Stadtentwicklungskonzepte eine zentrale Funktion, die ebenfalls für eine

umfassende Gestaltung von Daseinsvorsorge, Mobilität, Wirtschaftsentwicklung, Inklusion, Wohnen, Klimaschutz sowie Siedlungsstruktur sorgen. Zudem setzt die Städtebauförderung als Gemeinschaftswerk auf die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, von Handel und Gewerbe, Handwerk, Kulturschaffenden, Wohnungswirtschaft, Wohnungsunternehmen und vielen weiteren Akteuren, die unsere Städte prägen. Damit gibt die Städtebauförderung eine Struktur vor, die bei der komplexen Aufgabenstellung der Bestandsentwicklung angemessen ist und die auch Potenziale für eine nachhaltige und zukunftsgerechte Umsetzung der Wohnungsbauziele hat.

Resilientes Wohnumfeld entscheidend

Städtebauförderung kann damit in Neubau- und Bestandsvierteln dafür sorgen, dass sowohl Wohnungsbaupotenziale gehoben als auch durch funktionale, städtebauliche und Freiraumqualitäten ergänzt werden können und so ein lebenswertes Wohnumfeld entsteht. Mehr Wohnraum braucht ein mitwachsendes und resilientes Umfeld. Dazu zählen lebendige Innenstädte, soziale Infrastruktur, attraktive öffentliche Räume und – in Zeiten des Klimawandels – ausreichend qualitativ hochwertige und wohnortnahe Grün- und Freiräume. Einige Bundesländer, wie Brandenburg, verbinden deshalb auch aktiv die Städtebau- und Wohnraumförderung durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Ministerium, Kommunen und Wohnungswirtschaft.

Mehrebenen-Zusammenarbeit

Ein ebenso einzigartiges Charakteristikum der Städtebauförderung ist, dass sich die drei staatlichen Ebenen Bund, Länder und Kommunen gemeinsam auf Prinzipien und inhaltliche Leitplanken für die nachhaltige Quartiersentwicklung verständigen, die in den Kommunen flexibel in ortsspezifischen Lösungen umgesetzt werden. Damit setzt die Städtebauförderung die Grundprinzipien und konzeptionellen Ansätze der Neuen Leipzig-Charta vor Ort in den Kommunen um. Anhand von Beispielen aus Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Lübeck und Mannheim veranschaulichte die Veranstaltung, wie dies in Innenstädten und älteren Wohnsiedlungen sowie für Neubauquartiere in sehr unterschiedlichen regionalen Kontexten realisiert wird.

Verwaltung vereinfachen

Städtebauförderung kann sich als lernendes Programm seit über fünf Jahrzehnten an veränderte stadtentwicklungspolitische und gesellschaftliche Herausforderungen anpassen. Die vor kurzem erfolgte Programmreform auf drei zentrale Teilprogramme hat die Städtebauförderung noch anpassungsfähiger gemacht. Nun muss allerdings die komplizierte Verwaltung der Förderung noch vereinfacht werden, damit die Kommunen die Mittel für ihre städtebaulichen Aufgaben flexibler einsetzen und die Vorhaben schneller und unbürokratischer in die Praxis bringen könnten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass in zahlreichen Gemeinden bereits ein deutlicher Mangel an Fachkräften in den Verwaltungen vermerkt wird und die Kräfte gebündelt werden müssen.

Insgesamt war die Veranstaltung ein starkes Plädoyer dafür, dass in Verbindung mit einer gestärkten Wohnraumförderung für bezahlbare Wohnungen auch die Mittel für die Städtebauförderung und die Nationale Stadtentwicklungspolitik zumindest verstetigt werden müssen, damit die soziale Frage unserer Zeit, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, erfolgreich und integriert angegangen werden kann.

ANSPRECHPARTNER

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Max Pechstein | m.pechstein@deutscher-verband.org

AUTORIN

Prof. Elke Pahl-Weber ist Architektin und Stadtplanerin. Sie ist Universitätsprofessorin i. R. am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, Innenstadtkoordinatorin der Hansestadt Hamburg und Leiterin der AG Städtebau des DV.

INFORMATION

Weitere Informationen zur Veranstaltung, die Aufzeichnung sowie eine ausführliche Dokumentation finden Sie unter:

<https://www.deutscher-verband.org/aktivitaeten/veranstaltungen/staedtebaufoerderung.html>

Die Veranstaltung war Teil des Programms des Tags der Städtebauförderung am 14. Mai 2022. Dieser findet jährlich bundesweit statt.



Jahrestagung 2022

Die öffentliche Veranstaltung unserer diesjährigen Jahrestagung findet unter dem Motto „Stadt - Land - Region: Strategien für gleichwertigere Entwicklung“ am Nachmittag des 28. September 2022 in Berlin statt. Dabei stehen wohnungspolitische Fragen und Daseinsvorsorge in Bezug auf Klein- und Mittelstädte im Fokus: Wie sieht die immobilienwirtschaftliche Praxis jenseits der großen Schwarmstädte aus? Inwieweit bringen diese Städte und Gemeinden als Wohnorte Entlastung für die Großstädte? Wie tragen sie zur Stabilisierung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum bei? Am Vortag, dem 27. September finden die Vorstands- und die Verbandsratssitzung statt, am Vormittag des 28. Septembers wird die Mitgliederversammlung abgehalten. Weitere Informationen finden Sie in Kürze unter:

🔗 <https://www.deutscher-verband.org/aktivitaeten/veranstaltungen.html>

Kapazitätsengpässe und Kostensteigerungen für Neubau und Modernisierungen

Am 8. Juni 2022 diskutierte die AG Wohnungswesen des DV unter Leitung von Andreas Breiter, Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V. (VNW), die Auswirkungen akuter Engpässe und Preissteigerungen beim Baumaterial und die sich verändernden Finanzierungsbedingungen. Außerdem wurden Kapazitäten von Immobilien- und Bauwirtschaft bei Neubau und Sanierung erörtert.

Workshop „SUMP als Instrument integrierter Raumplanung“

Was sind die Herausforderungen und Potenziale beim Einsatz von „Sustainable Urban Mobility Plans“, kurz SUMP, in unterschiedlichen Gebietskategorien und Stadtgrößen? Das diskutierten Vertreter:innen von Kommunen, Regionen, Wissenschaft und Planung bei einem Online-Workshop am 14. Juni 2022, den der DV im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kompetenznetzwerk nachhaltige integrierte Mobilitätsplanung“ des CIVINET Deutscher Sprachraum organisiert hatte.

Neues Europäisches Bauhaus – DV ist Partner

Am 4. Mai 2022 präsentierte die EU-Kommission fünf „Demonstrationsprojekte mit Vorzeigecharakter“, die im Rahmen des Calls zur Neuen-Europäischen-Bauhaus-Initiative ausgelobt wurden. Mit dem Entwicklungsgebiet München-Neuperlach konnte sich auch ein deutscher Wettbewerber durchsetzen. Der DV begleitet das Thema in seiner AG Europa und wird sich im Rahmen des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes mit einer Verknüpfung zwischen EFRE-Förderung und dem Bauhaus auseinandersetzen.

Zudem ist der DV seit Juli 2022 offizieller Partner der Neuen-Bauhaus-Initiative. Er möchte sich für eine ganzheitliche Betrachtungsweise und für eine Berücksichtigung der Prinzipien der Neuen Leipzig-Charta bei der Erarbeitung eines Referenzrahmens einsetzen.

Ein Viertel Jahrhundert Europaarbeit

Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk feiert Jubiläum

Die Sitzung drohte am ersten Tag fast zu scheitern: Die Stimmung war angespannt, als Mitte der 1990er Jahre in Brandenburg an der Havel die ersten Versuche unternommen wurden, um die damals neue Möglichkeit wahrzunehmen und EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Projekte der Stadtentwicklung einzupassen. Anwesend waren Vertreter:innen verschiedener Städte mit ähnlichen Herausforderungen. Dank einer intensiven Diskussion konnten die Teilnehmer:innen am zweiten Tag ein Konzept mit Chance auf Erfolg präsentieren; sie verabredeten sich zu einem weiteren Meeting. Dass diese Treffen von diesem Zeitpunkt an über 25 Jahre lang erfolgreich weitergeführt würden, konnte damals niemand ahnen – ein wichtiger Treiber war sicherlich der Bedarf an persönlichem Austausch.

„Geburt“ des URBAN-Netzwerkes

Mittlerweile blicken wir auf 73 Tagungen des damals aus der Taufe gehobenen Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes zurück. Diese, egal ob repräsentativ besetzt mit EU-Kommissar:innen und Bundesminister:innen oder klein und kreativ, erfolgen immer vor Ort im EFRE-Entwicklungsgebiet der jeweiligen Gastgeberstadt. Das Netzwerk entwickelte sich so mit der Zeit zu einer der zentralen Plattformen der EU-geförderte Stadtentwicklung für Bund, Länder, der EU-Kommission und selbstverständlich für die Mitgliedstädte.

25 Jahre EFRE-geförderte Stadtentwicklung

Die Jubiläumstagung am 31. Mai und 1. Juni 2022 in Plauen gab zunächst einen Rückblick auf 25 Jahre EFRE-geförderte Stadtentwicklung. Erfolgreiche Beispiele wie etwa der Wiener Gürtelbogen wurden vorgestellt. Der ehemals soziale Brennpunkt wurde 1995 saniert und ist heute eine 14 Kilometer lange Hauptverkehrsstraße mit Szenelokalitäten, Galerien und Geschäften. In Meißen machen neue Spielplätze, ein Bürgergarten oder die Erweiterung der Quesenberg-Schule auch den Schüler:innen bewusst, was EU-Förderung bedeutet. Auch in der Gastgeberstadt Plauen bleiben viele Industriedenkmale nur dank eines breit gefä-

cherten Fördermittel-Mixes erhalten. Die instandgesetzten und umgenutzten ehemaligen Tuchfabriken in der Elsteraue sollen künftig Museen, Unternehmen der Kreativwirtschaft sowie einen Kindergarten beherbergen.

Nicht nur Großstädte im Fokus

Die Relevanz, die die EU-Förderung für integrierte Stadtentwicklungsprojekte hat – sowohl für die Kommunen, als auch für deren Strahlwirkung in das Umland hinein – hob Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas hervor, die für die Tagung live zugeschaltet war: „Es ist sehr wichtig zu beachten, dass es bei der EU-Förderung nicht nur um die Nöte der großen Städte wie München und Berlin geht, sondern auch um die von Städten zwischen 5.000 und 15.000 Einwohner:innen.“ EU-Förderung sei dabei mehr als eine Finanzspritze für die bauliche Aufwertung, sondern auch Trägerin städtebaulicher Innovationen. Karsten Gerkens, Leiter des URBAN-Netzwerkes, machte deutlich, dass die Vernetzung Gleichgesinnter dabei einen großen Mehrwert hat. „Gerade zu Beginn des Netzwerkes war es eine gute Hilfestellung, um sich erst einmal heranzutasten was durch die EU förderbar ist, und was nicht. Das URBAN-Netzwerk war wie ein guter Beifahrer“, ergänzte Stefan Stefan Krapp vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

EU verbessert städtische und ländliche Wirklichkeit

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion von EU-Kommission, Bund, dem Land Sachsen und der Stadt Plauen zeigten sich alle Beteiligten zuversichtlich, bald mit der Förderung starten zu können. Michael Groschek, Präsident des DV, machte noch einmal deutlich: „Die EU ist nicht das Synonym für Bürokratie, sondern sie hilft ganz praktisch dabei, die städtische und ländliche Wirklichkeit zu verbessern.“ Wir sagen an dieser Stelle: Danke Deutsch-Österreichisches URBAN-Netzwerk und danke an alle Begleiter:innen. Das Netzwerk lebt durch Sie!

ANSPRECHPARTNER

Jonas Scholze | j.scholze@deutscher-verband.org

Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen

Interreg-Bundeskonferenz zur Förderperiode 2021 – 2027 in Berlin

Die Programme der transnationalen Zusammenarbeit – oder kurz: die Interreg-B-Programme – leisten schon seit den 1990er Jahren ihren Beitrag für mehr Verbundenheit und Solidarität in Europa – ein Thema, das angesichts der aktuellen politischen Lage heute noch einmal ganz besonders in den Fokus rückt. Warum aber ist Interreg für die europäische Idee so entscheidend? Welche Themen können in der aktuellen Förderperiode 2021–2027 mit transnationalen Projekten angegangen werden? Wie unterstützen die Interreg-B-Programme die aktuellen Transformationsprozesse? Darum ging es bei der Konferenz auf Bundesebene „Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen in Europa: Interreg B 2021 bis 2027“ am 12. und 13. Mai 2022 im Tagungswerk in Berlin. Mit jeweils 200 Teilnehmenden an beiden Tagen stieß die Konferenz auf große Resonanz. Der DV organisierte die Konferenz zusammen mit blue! advancing european projects. Veranstalter waren das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Die Tagung bot eine politische, fachliche und praktische Übersicht zu allen relevanten Fragen der Neuausrichtung der sechs Interreg B-Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung. Ganz besonders wichtig war auch der persönliche Austausch der Teilnehmenden, der bei der Präsenzveranstaltung nach zwei Jahren Corona-Einschränkungen nun endlich wieder möglich war.

Am ersten Tag, dem 12. Mai, begrüßte Staatssekretär Rolf Böisinger aus dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen die Gäste. Er hob hervor, dass gerade angesichts schwieriger Zeiten mit Corona und dem Krieg in der Ukraine die Interreg-B-Programme den europäischen Gedanken stärken, weil sie Orte der Begegnung schaffen. Der Zukunftsforscher Andreas Reiter vom ZTB Zukunftsbüro machte in seiner Keynote deutlich: „Die Welt befindet sich im Umbruch.“ Als langfristige Treiber dieser Veränderungen benannte er die Digitalisierung, die Dekarbonisierung und den demografischen Wandel. Hinzu kämen „Schocks“ von außen, wie etwa Ressourcenknappheit, Kriege, Corona oder Naturkatastrophen. Um „zukunftsfit“ zu sein, brauchen Regionen gemäß dem Zukunftsforscher ein kraftvolles Zukunfts-Narrativ, smarte Daseinsvorsorge und kollaborative Ökosysteme.

Am zweiten Konferenztag stand der interaktive Austausch der Teilnehmenden im Vordergrund. Einführend gab die neue Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Klara Geywitz, einen Impuls. Sie betonte, dass in Deutschland schon aufgrund der geografischen Lage die Zusammenarbeit mit transnationalen Partnern sehr wichtig sei. Zwar seien bei der grenzüberschreitenden Kooperation „dicke Bretter zu bohren“, doch dies würde bei Interreg B erfolgreich gemeistert. Michael Kellner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, nahm direkten Bezug auf derzeitige Herausforderungen: „Die EU wird aktuell immer wieder in ihrer Zusammenarbeit bedroht. Auch in Deutschland wird der europäische Gedanke angegriffen. Die Interreg-Programme leisten einen wichtigen Beitrag, um die europäische Idee zu stärken und zu verteidigen“, so der Staatssekretär. Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmenden in fünf parallelen Foren zu den Themenfeldern der Transnationalen Zusammenarbeit in der Förderperiode 2021–2027 austauschen. Ziel der Workshops war es zudem, herauszustellen, was das Alleinstellungsmerkmal der Interreg-B-Förderung ist. In einer zweiten Workshop-Runde mit sechs parallelen Sessions hatten künftige Projektakteure dann die Gelegenheit, sich über die verschiedenen Programme mit deutscher Beteiligung in der Förderperiode 2021–2027 umfassend zu informieren und Fragen zu stellen. Die Dokumentation der Veranstaltung finden Sie unter www.interreg.de.

ANSPRECHPARTNERINNEN

Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org

Lilly Krischer | l.krischer@deutscher-verband.org



Podiumsdiskussion mit (von l.) Moderatorin Dorothea Palenberg, Dr. Daniel Meltzian, Dr. Beate Ginzel, Klaus Ulrich und Dr. Oliver Hermann. © Offenblende, Markus Braumann

Innenstadtstrategien: Kommune als Katalysator und Ermöglicher

Durch den Rückzug des Handels aus den Zentren wird es künftig mehr Raum für andere Nutzungen geben. Um diesen Wandel zu meistern, sind Masterpläne und Kooperationsvereinbarungen hilfreich. Offenbach am Main ist dafür ein gutes Beispiel: Stadtentwicklung, Wirtschaft sowie Kultur und Kreativwirtschaft haben beim Masterplanprozess und der Entwicklung des Zukunftskonzeptes Innenstadt „Offen denken“ vorbildlich zusammengearbeitet. Bei der Praxiswerkstatt von „Gemeinsam für das Quartier“ am 20. Mai 2022 sind die Expert:innen der Vernetzungsinitiative und die Offenbacher Akteure der Frage nachgegangen, wie nun – aufbauend auf die Konzeptphase – eine Umsetzung in Ko-Produktion aller Beteiligten gelingen kann. Dies wurde am Beispiel der anstehenden Transformation des ehemaligen Polizei-Pavillons in der Offenburger Innenstadt zu einem offenen, kreativen Ort für die Stadtgesellschaft diskutiert. Vertreter:innen der Städte Mannheim, Regensburg und Coburg brachten ihre Erfahrungen aus vergleichbaren Vorhaben ein. Die Teilnehmenden kamen zu dem Ergebnis, dass es bei der erfolgreichen


Umsetzung von Innenstadtstrategien entscheidend ist, ko-produktive Prozesse anzuschließen und zu konsolidieren, intermediäre Strukturen zu schaffen und vor allem die Transformationen in der Innenstadt für alle Bürger:innen erlebbar zu machen – etwa durch temporäre Projekte oder Zwischennutzungen. Der DV moderiert „Gemeinsam für das Quartier“ im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gemeinsam mit Prof. Reiner Schmidt und dem Planungsbüro plan zwei.

ANSPRECHPARTNERIN

Heike Mages | h.mages@deutscher-verband.org

INFORMATION

Dokumentation der Praxiswerkstatt Offenbach:

 <https://www.netzwerk-quartier.de/veranstaltungen/praxiswerkstatt-innenstadtstrategien>

Digitalisierung als „Game-Changer“?


Auf dem dritten Online-Partnertreffen der Pilotaktion im Rahmen der Territorialen Agenda 2030 „Zukunftsperspektiven für strukturschwache Regionen“ am 25. und 26. April 2022 ging es darum, inwiefern die Digitalisierung eine positive Wirkung auf die Entwicklung des strukturschwachen ländlichen Raumes hat. An der Diskussion beteiligten sich auch Vertreter:innen aus der Forschung sowie von der EU-Kommission. Neben dem flächendeckenden Breitbandausbau sind für eine gelungene Digitalisierung integrierte Konzepte notwendig – allerdings mangelt es daran vielerorts häufig noch. Beispiele aus Österreich, Frankreich und Deutschland zeigten, dass nur eine regionale Digitalisierungsstrategie eine Unterstützung der Daseinsvorsorge gewährleisten kann.

Die Expert:innen waren sich einig, dass die Digitalisierung allein nicht das Potential hat, sozioökonomische und strukturelle Defekte auszugleichen oder gar einen Zuzug der Bevölkerung in ländliche Gebiete zu bewirken. Dafür sind grundlegende Investitionen an vielen anderen Stellen notwendig. Sie bietet aber die Chance für institutionelle, or-

ganisatorische und soziale Innovationen und kann damit die Daseinsvorsorge erleichtern sowie die Lebensqualität steigern. Voraussetzungen dafür sind digital kompetente Akteure sowie personelle und finanzielle Ressourcen. Interkommunale Zusammenschlüsse erleichtern die Finanzierung von Infrastrukturen und digitalen Tools; zugleich ermöglichen sie die Organisation zentraler Beratungsstellen für Kommunen. Über Pilot- und Demonstrationsprojekte von Bund und Ländern kann es zudem gelingen, erfolgreiche lokale Erfahrungen in die Breite zu tragen. Der DV ist im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen für die Durchführung der Pilotaktion verantwortlich.

INFORMATION

Aktuelle Informationen zur Pilotaktion und den Online-Publikationen:


 <https://territorialagenda.eu/pilot-actions/a-future-for-lagging-regions/>

Sofortprogramm Klimaschutz praxisnah ausgestalten

Nach dem „Osterpaket“ des Klimaschutz-Sofortprogramms des Bundes zum Ausbau der erneuerbaren Energien wartet die Fachwelt mit Spannung auf das angekündigte „Sommerpaket“. Bereits in seiner Eröffnungsbilanz machte Klimaschutzminister Habeck deutlich, welche enormen Anstrengungen im Gebäudebereich notwendig sind, um in den nächsten acht Jahren so viel CO₂ einzusparen wie von 1990 bis heute. Dafür will das Sofortprogramm zahlreiche Maßnahmen mit vielfältigen Weiterentwicklungen des Rechts- und Förderrahmens in der Breite verankern.

Zum Teil entsprechen diese den Empfehlungen des „Runden Tisches Klimaschutz im Gebäudebestand“ des DV. Allerdings basieren einige der avisierten Maßnahmen im Gebäudebestand noch zu stark auf Top-Down-Modellstudien mit theoretischen Annahmen, die viele faktische Hemmnisse außer Acht lassen. Um die Klimaziele nicht erneut zu verfehlen, braucht es neben den vorgesehenen einzelgebäudebezogenen Anstrengungen vor allem flexible und sektorübergreifende Quartierslösungen. Leider wird zu häufig ausgeblendet, dass nicht jedes Bestandsgebäude maximal

energetisch saniert werden kann – aus Gründen der Baukultur, wegen hohen Kosten im Vergleich zu relativ geringen zusätzlichen CO₂-Einsparungen, aber auch wegen begrenzter Personalkapazitäten und Baumaterialien. Das Gebot der Stunde ist es, auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, das Machbare schnell zu erreichen und die Latte nicht zu hoch zu legen. Bezieht man die Kostenentwicklung mit ein, dann steigen die Bau- und Sanierungskosten rasant weiter an, während die Kosten für erneuerbare Energien aufgrund von Skalierungseffekten tendenziell günstiger werden. Der DV hat dazu in seiner AG Energie unter Leitung des ehemaligen Ludwigsburger Oberbürgermeisters Werner Spec ein Positionspapier erarbeitet und in den politischen Prozess eingebracht. Dieses finden Sie auf:

 <https://www.deutscher-verband.org/publikationen/positionen.html>

ANSPRECHPARTNER:INNEN

Christian Huttenloher | c.huttenloher@deutscher-verband.org

Alexandra Beer | a.beer@deutscher-verband.org

Energetische Gebäudesanierung in die Fläche bringen

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte 3%plus-Projekt befasst sich mit dem Aufbau lokaler Netzwerke für energetische Gebäudesanierung. In einem vom DV organisierten Praxisworkshop am 12. Mai 2022 in Aachen diskutierten wir mit Kommunalvertreter:innen, wie eine bessere Akteursvernetzung befördert und die Beratung und Begleitung von Eigentümer:innen bei energetischen Sanierungen verbessert werden können. So sollen nicht nur Hürden zu ambitionierteren energetischen Sanierungen abgebaut werden, sondern auch in heterogenen Einzeleigentümerquartieren die Plan- und Koordinierbarkeit für die Kommunen erhöht werden.

Beim Workshop konnten im Rahmen des Projektes identifizierte Hemmnisse und Erfolgsfaktoren beim Aufbau von Netzwerken reflektiert werden. Es herrscht Konsens, dass Erfahrungen beim Netzwerkaufbau, der Beratung und Kommunikation stärker geteilt und Synergien genutzt werden sollten, sodass nicht jede Kommune von Neuem Konzeptionsarbeit leisten muss. Zudem fehlen den Kommunen

oft klare Strukturen zur Bearbeitung der Themen Mobilisierung, Netzwerkbildung und Sanierungsberatung. Vorreiter wie die Projektpartnerkommunen Aachen und Ludwigsburg begangen dieser Hürde aber bereits innovativ.

Wie auch der Bund bei der Mobilisierung privater Gebäudeeigentümer:innen unterstützen kann, wurde bei einer vom DV durchgeführten Veranstaltung auf den Berliner Energietagen am 2. Mai 2022 gezeigt. Neben der Vorstellung von Projekterkenntnissen aus den Modellkommunen erfolgte ein Einblick in den aktuellen und künftigen Rechts- und Förderrahmen bei der Eigentümermobilisierung und -beratung durch Vertreter der zuständigen Bundesressorts, eine Reflektion des Sofortprogramms Klimaschutz aus Sicht des 3%plus-Projektes sowie eine anschließende Kommentierung durch Eigentümer- und Verwalterverbände.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

Hauke Meyer | h.meyer@deutscher-verband.org

Marie Preuß | m.preuss@deutscher-verband.org

DV Begleitagentur für zukunftsfähige Innenstädte und Zentren

Gemeinsam mit empirica, der BTU Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft begleitet der DV im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und des BBSR das neue Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“. Es fördert Städte und Gemeinden bei der Erarbeitung von innovativen Konzepten und Handlungsstrategien sowie bei deren Umsetzung. Ziel des Bundesprogramms ist es, Kommunen bei der Bewältigung akuter und auch struktureller Problemlagen in den Innenstädten, Stadt- und Ortsteilzentren zu unterstützen, indem diese als Identifikationsorte zu multifunktionalen, resilienten und kooperativen Orten (weiter)entwickelt werden. Insgesamt stehen 250 Millionen Euro für die Programmbegleitung und die Vorhaben von mehr als 230 Kommunen bis 2025 zur Verfügung.

In seiner Rolle als Begleitagentur organisierte der DV am 6./7. Juli 2022 den Kongress „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ in Potsdam. Informieren, vernetzen, lernen von anderen – das war Ziel des fachlichen Austausches zu den aktuellen und strukturellen Herausforderungen und Chancen in den Innenstädten und Zentren. Der Kongress bildete außerdem den Auftakt für die Kommunen, die über das neue Bundesprogramm gefördert werden. Veranstalter waren das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gemeinsam mit dem Beirat Innenstadt.

ANSPRECHPARTNERIN

Kathrin Senner | k.senner@deutscher-verband.org

NEUE MITGLIEDER

WFMG Wirtschaftsförderung Mönchengladbach GmbH, vertreten durch Dr. Ulrich Schückhaus, Geschäftsführer

Wir heißen unser neues Mitglied herzlich willkommen und wünschen eine gute Zusammenarbeit!
